

Prüfprotokoll und Beihilfevermerk

zur Sicherstellung der Einhaltung der einschlägigen beihilferechtlichen Bestimmungen
i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV
i.V.m. den De-minimis-Regeln –
Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 360/2012
sowie der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung –
Verordnung (EU) Nr. 651/2014

im Projekt

ABH021

Zukunftsorte Bodensee –
Netzwerk mit Piloten für Dritte Orte

Die Beihilfeprüfung für das oben genannte Vorhaben erfolgt nur bei den EU-Projektpartnern, denen eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Aussicht gestellt wird. Grundsätzlich nicht geprüft werden an dem Vorhaben beteiligte assoziierte Projektpartner sowie potentielle Projektpartner aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, da diese keine finanzielle Förderung aus dem EFRE erhalten. Für die Angabe der am Vorhaben beteiligten Partner ist der Projektantrag (im Jems) maßgeblich.

| I. Basisdaten | |
|--------------------------|--|
| Projektnummer | ABH021 |
| Projekttitel | Zukunftsorte Bodensee |
| EU-Projektpartner | |
| Projektpartner 1 | neuland+ GmbH & Co. KG |
| Projektpartner 2 | Caritas Diözese Feldkirch |
| Projektpartner 3 | St. Johann Konstanz - Coworking / Gründerschiff UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG |
| Projektpartner 4 | Heimat Bärenweiler GmbH & Co. KG |

| II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor? | | |
|---|----------|------|
| 1. Prüfung des Geltungsbereichs | Ja | Nein |
| Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im geografischen Geltungsbereich des Art. 107 AEUV (die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind außerhalb dieses Bereiches und unterliegen keiner Beihilfenprüfung). | X | |
| Zwischenergebnis (eine zu prüfende Beihilferelevanz läge nur bei den EU-Projektpartnern vor, die im Geltungsbereich des Art. 107 AEUV liegen) | | |
| Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im (1.) Geltungsbereich des Art. 107 AEUV und werden somit im folgenden Schritt einer (2.) Prüfung der Tatbestandmerkmale unterzogen. | | |

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?

| 2. Prüfung der Tatbestandsmerkmale | Ja | Nein |
|--|----------|----------|
| (a) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten Güter oder Dienstleistungen auf einen bestimmten Markt an und sind somit wirtschaftlich tätig . | X | |
| (b) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen wirtschaftlichen Vorteil dem keine angemessene marktgerechte Gegenleistung gegenübersteht und die sie unter normalen Marktbedingungen nicht bekämen. | | X |
| (c) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine allgemeinen Maßnahmen an, sondern begünstigen selektiv nur bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige. | X | |
| (d) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen finanziellen Vorteil, der potentiell zu einer Verfälschung des Wettbewerbs führt. | | X |
| (e) Durch die Begünstigung der am Vorhaben beteiligten Projektpartner droht eine Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel . | | X |
| Zwischenergebnis (eine Beihilferelevanz läge nur bei den Projektpartnern vor, bei denen alle Tatbestandsmerkmale – (a) bis (e) – kumulativ erfüllt sind) | | |
| Nach Prüfung der (2.) Tatbestandsmerkmale ist bei den folgenden EU-Projektpartnern (PP) eine Beihilferelevanz nicht gänzlich auszuschließen: PP1 / PP3 und PP4. Diese werden somit im nächsten Schritt einer (3.) Prüfung des Eingreifens von Ausnahmetatbeständen unterzogen. | | |

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?

| 3. Prüfung des Eingreifens von Ausnahmetatbeständen (De-minimis) | Ja | Nein |
|---|----------|------|
| (a) Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner sind gegebenenfalls in ihrer individuellen Verfasstheit jeweils als ein einziges Unternehmen im Sinne der anzuwendenden De-minimis-Verordnungen zu betrachten. <i>(zu prüfen und förmlich zu dokumentieren sind hier insbesondere der Geltungsbereich/Ausnahmen nach Art. 1 VO (EU) 1407/2013 und gegebenenfalls Beihilfekombinationen im gleichen Projekt)</i> | X | |
| (b) Die im Rahmen des Vorhabens individuell beantragten Zuwendungen für ein einziges Unternehmen liegen im laufenden sowie in den beiden voran- | X | |

| | | |
|---|----------|--|
| gegangenen Jahren unterhalb der zulässigen Schwellenwerte (Gewerbliche De-minimis VO Nr. 1407/2013 bzw. DAWI-De-minimis VO Nr. 360/2012). | | |
| (c) Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner haben gegebenenfalls eine Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis Beihilfe gestellt, diese sachdienlich ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben. | X | |
| Endergebnis <i>(eine tatbestandliche Beihilfe und somit gerechtfertigte, liegt bei den Projektpartnern vor, bei denen die Ausnahmetatbestände der De-minimis Verordnungen zum Greifen kommen)</i> | | |
| Bei den folgenden am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartnern (PP) kommen die Ausnahmetatbestände im Rahmen der De-minimis-Verordnung zum Greifen: PP1 / PP3 und PP4. Folglich liegt nach Prüfung des (3.) Eingreifens von Ausnahmetatbeständen eine tatbestandliche und gleichfalls auch gerechtfertigte Beihilfe vor. Auf die Folgeprüfungen der (III.) Rechtfertigungs- und (IV.) Genehmigungsebene wird somit verzichtet. Die Beihilfeprüfung endet an diesem Punkt. Die erforderlichen Erklärungen zum Antrag wurden geprüft und dokumentiert. | | |

Vermerk zur beihilferechtlichen Prüfung

Datum: 26.09.2023

Az.: RPTSGZ-4305-141

Bearbeiter/in: Tetzl

ABH021 – Zukunftsorte Bodensee

Ziel des Projekts ist, Lebens- und Arbeitsorte zu schaffen, die Menschen verbinden und Raum für neue Ideen schaffen. Diese Zukunftsorte dienen als Orte für neues Lernen und Arbeiten im Bodensee- Raum oder als weitere inhaltliche Ausprägungen von Gemeinschaftsstätten.

Im räumlichen Geltungsbereich des Artikels 107 AUEV haben die folgenden am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner ihren Sitz: neuland+ GmbH & Co. KG (PP1), Caritas Diözese Feldkirch (PP2), St. Johann Konstanz - Coworking / Gründerschiff UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (PP3) und Heimat Bärenweiler GmbH & Co. KG (PP4).

Die Caritas Diözese Feldkirch (PP2) entfaltet im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine wirtschaftliche Tätigkeit bzw. wird im Zusammenhang mit dem Projekt nicht unternehmerisch tätig. Aufgrund der inhaltlichen Zielrichtung und länderübergreifenden Dimensionierung wirkt das agieren des betroffenen Projektpartners zudem weder wettbewerbsverzerrend noch führt es zu einer Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel. Ebenso wenig ist eine selektive Begünstigung im Rahmen einer Förderung anzunehmen.

Eine Beihilfenrelevanz i.S.d. Art. 107 AEUV wird aus den vorgenannten Gründen bei diesem am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner nicht gesehen.

Eine Beihilfenrelevanz ist bei den folgenden am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartnern nicht gänzlich auszuschließen: neuland+ GmbH & Co. KG (PP1), St. Johann Konstanz - Coworking / Gründerschiff UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (PP3) und Heimat Bärenweiler GmbH & Co. KG (PP4); da diese im Rahmen ihrer Aktivitäten im Projekt gegebenenfalls wirtschaftlich tätig sein werden. Unter Wahrung des EU-Beihilfenrechts, können die EFRE-Fördermittel für diese EU-Projektpartner jedenfalls als De-minimis-Beihilfe im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bewilligt werden. Die hierfür notwendigen Unterlagen/Nachweise (De-minimis-Erklärung) wurden dem Gemeinsamen Sekretariat bereits übermittelt und durch dieses geprüft und dokumentiert.

gez. Tetzl

SGZ-1 m.d.B.u.K. und Zustimmung